

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Bautzen und Umgebung

Titel: **Mehr Demokratie wagen – Partizipation als
Antwort auf die Repräsentations-Krise**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Der Unterbezirk Bautzen/Budyšin bittet den SPD-Landesparteitag sowie die SPD-
2 Verantwortungsträger in der sächsischen Landesregierung und im sächsischen
3 Landtag, sich dafür einzusetzen, in Sachsen eine starke Säule der direkten
4 Demokratie neben der Säule der repräsentative Demokratie aufzubauen. Neben den
5 im Koalitionsvertrag genannten, jedoch nur Ja/Nein-Entscheidungen
6 ermöglichenden, Volksabstimmungen sollen insbesondere konsensierungsbefähigte
7 Bürger*innenräte befördert werden.

Begründung

8 Der sächsische Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und B90/GRÜNE sieht im
9 Kapitel "Demokratie / Bürgerbeteiligung" die Herabsetzung der Hürden für
10 Volksanträge, Volksbegehren und Volkentscheide vor. Das ist sehr
11 begrüßenswert. Dem Titel des Koalitionsvertrages "... Neues ermöglichen,
12 Menschen verbinden" folgend sollte aber auch eine bei uns tatsächlich neue, und
13 dabei gleichzeitig die Menschen tatsächlich verbindende Art der direkten
14 Demokratie, die sogenannten Bürger*innenräte, gefördert werden.

15 Während bei Volksabstimmungen das Volk letztlich nur mit Ja oder Nein antworten

16 und damit in ungünstigen Fällen die Spaltung der Gesellschaft sogar
17 verschärfen kann (siehe Brexit), bieten Bürger*innenräte die Chance auf eine
18 nachhaltig wirksam werdende Konsensentscheidung. Die Schwarmintelligenz der
19 breiten Bevölkerung wird, völlig frei von parteilichen und anderen
20 Abhängigkeiten und Profilierungszwängen, zur Erarbeitung von partei-,
21 generations- und standesübergreifend Lösungen genutzt. Die Räte bieten, wenn
22 in hoher Qualität und Quantität durchgeführt, der breiten Bevölkerung ohne
23 Ausschluss von bisher unterrepräsentierten Gruppen eine bisher in der
24 Bundesrepublik völlig neue politische Gestaltungs- und
25 Selbstwirksamkeitserfahrung für Jedermann. Dies birgt große Chancen im Kampf
26 gegen Politikverdrossenheit. Die in Bürger*innenräten liegenden Potential
27 wurden bereits auch in einigen Beispielen erfolgreich gezeigt.

28 Die repräsentative Demokratie wurde vor über 200 Jahren statt der direkten
29 Demokratie eingeführt, um das Volk durch eine Wahl-Aristokratie einzuhegen und
30 vor sich selbst zu schützen. In der Zwischenzeit ist jedoch viel passiert: Die
31 Demokratie stellt sich selbst in Frage. Gleichzeitig befinden sich
32 Bildungsniveau und Zugang zu Informationen für die breite Bevölkerung auf
33 einem bisher nie erreichten Level. Bei der Bestimmung der Repräsentanten wurden
34 große Fortschritte gemacht. Frauen wird das aktive und passive Wahlrecht
35 zugestanden, was zuvor undenkbar war.

36 Den direkten politischen Entscheidungen stehen jedoch weiterhin 99,9 % der
37 Bevölkerung fern, sie erhalten lediglich "aller Jahre wieder" die
38 Möglichkeit, analphabetengleich ein Kreuzchen zu setzen und Parteien anhand
39 einiger Kriterien einen Freifahrtschein für die kommende Regierungsperiode zu
40 geben.

41 Für eine Partei, wichtigster Profiteur der repräsentativen Demokratie,
42 bedeuten Bürger*innenräte eine teilweise Abgabe von Macht. Das erfordert Mut
43 und Selbstlosigkeit von der SPD. Aber es lohnt sich!

44 -----
45

46 1.) Bürger*innenräte meint hier per Los aus der Gesamtbevölkerung besetzte
47 Gremien, welche z.B. je zu einem Vorhaben/Projekt unter Einbindung breiter
48 Ideenpools und Experten- und Betroffenenanhörungen Lösungen und Entscheidungen
49 entwickeln. Professionelle Großgruppenmoderationen (z.B. Verhinderung von
50 Meinungsführerschaften, systemisches Konsensieren), Wertschätzung der
51 Teilnehmer (u.a. durch Sitzungsgeld, Lohnausfallentschädigung, Kinderbetreuung,
52 Catering etc.) sowie die Zusicherung des Entscheidungsmandates an die Räte sind
53 wichtige Voraussetzungen für den Erfolg.

54 2.)

55 David Van Reybrouck, 2015 "Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch
56 ist"; bringt u.a. Beispiele aus der Bewältigung einer irischen
57 Verfassungskrise; in Frankreich erarbeitet ein Bürgerrat Maßnahmen zum
58 Klimaschutz, Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien
59 beruft Bürgerversammlungen und Bürgerräte mit starken Kompetenzen, u.v.m.

60 3.)

61 Rancière 2011, S. 80 "Dass man die Demokratie völlig selbstverständlich mit
62 einer gewählten, repräsentativen Regierungsform gleichsetzt, ist dagegen ein
63 historisch noch sehr junges Phänomen. Ihrem Ursprung nach ist die
64 Repräsentation eigentlich das genaue Gegenteil von Demokratie. Zu Zeiten der
65 amerikanischen und französischen Revolution ist dies auch jedermann bekannt.
66 Und die Gründungsväter sowie viele ihrer französischen Nacheiferer sehen
67 darin das rechte Mittel für die Elite, die Macht, die sie dem Volk zuerkennen
68 müssen - die das Volk jedoch nicht ausüben könnte, ohne das Regierungsprinzip
69 selbst zu zerrütten -, de facto im Namen des Volkes auszuüben. {...} Heute mag
70 die "repräsentative Demokratie" wie ein Pleonasmus ((= rhetorische Figur
71 durch Wortreichtum ohne Informationsgewinn) anmuten. Aber zuerst war sie ein
72 Oxymoron (= rhetorische Figur aus zwei gegensätzlichen, einander
73 widersprechenden oder sich ausschließenden Begriffen).

74 4.)

75 Philip Manow, 2020: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 13 "(Die These)
76 ... von der Demokratisierung der Demokratie, lautet, dass wir es zunächst
77 eigentlich mit einer Krise der Repräsentation, nicht aber mit einer Krise der
78 Demokratie zu tun haben. Ganz im Gegenteil: Die Krise der Repräsentation sollte
79 als eine Konsequenz der massiven Ausweitung politischer Partizipationschancen
80 verstanden werden, die wir momentan erleben. Die Demokratie ist also
81 »demokratischer« geworden, sie hat sich demokratisiert."